

Beschluss
des Bundesfachausschusses
Innenpolitik und Integration der CDU Deutschlands
vom 1. Dezember 2011 in Berlin

10-Punkte-Plan gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration der CDU tritt jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen. Wir sind entschlossen, unser offenes, tolerantes und menschliches Zusammenleben gegenüber den Feinden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verteidigen.

Bekämpfung und Ächtung des Rechtsextremismus ist für unsere wehrhafte Demokratie eine Daueraufgabe von hoher Priorität. Nur im gemeinsamen Schulterschluss von Staat und Gesellschaft können wir effektiv und nachhaltig der Herausforderung durch verfassungsfeindliche Bestrebungen und politische Gewaltkriminalität die Stirn bieten. Rechtsextremisten stehen für eine perfide Ideologie der Ungleichheit, die Menschen aufgrund von rassistischen, ethnischen, kulturellen und/oder religiösen Kriterien in „höherwertiges“ oder „minderwertiges“ Leben unterteilt. Ein solches ideologisches Verständnis widerspricht fundamental den Menschenrechten und Kernprinzipien unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Die jüngsten Ermittlungserkenntnisse der Bundesanwaltschaft im Fall der Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zeigen in erschreckender Weise, zu welchen Gewaltverbrechen militante Rechtsextremisten hierzulande fähig sind. Der Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration der CDU ist entsetzt über diese schrecklichen Gewalttaten und das Ausmaß an Hass, das dabei zum Ausdruck kommt. Diese Taten sind eine Schande für Deutschland. Sie haben großes Leid über die Familien der Opfer gebracht; jahrelange herrschte Ungewissheit darüber, was und wer hinter diesen Morden steckte.

Auf das Konto der mutmaßlichen Täter des NSU sollen 10 Mordanschläge, eine Serie von Banküberfällen, zwei Bombenanschläge mit mehreren Schwerverletzten sowie möglicherweise weitere schwerwiegende Straftaten gehen. Die ideologische Motivation (Ausländerhass), das strukturierte und konspirative Vorgehen sowie die Qualität der Gewaltverbrechen des NSU sprechen für eine terroristische Vereinigung. Damit haben sich nicht nur im islamistisch-extremistischen Bereich, sondern auch im neonazistischen Milieu seit Ende der 1990er Jahre klandestine und militante Strukturen herausgebildet, die eine besondere sicherheitspolitische Herausforderung für unser demokratisches Gemeinwesen darstellen.

Wir brauchen ein energisches, nachhaltiges und strategisch abgestimmtes Vorgehen der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern gegen den gewaltbereiten Rechtsextremismus.

Für den Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration der CDU kommt es dabei auf folgende Punkte entscheidend an:

1. Wir fühlen uns den Angehörigen der Opfer verpflichtet. Deshalb müssen die Strukturen und personellen Verflechtungen des NSU mit dem gewaltbereiten rechtsextremen Milieu lückenlos und mit Hochdruck aufgeklärt werden. Untergrundaktivitäten durch militante Rechtsextremisten können so erkannt und unterbunden werden.

2. Wir brauchen in diesem Zusammenhang unverzüglich eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung. Sie ist, wie der gegenwärtige Fall eindringlich zeigt, als Instrument für Ermittlungen bei politischer Gewaltkriminalität und anderen schwerwiegenden Straftaten unverzichtbar.

3. Eine Verlängerung der Speicherfristen für personenbezogene Daten bei extremistischen, insbesondere gewaltbereiten Bestrebungen ist für die operative Extremismus- und Terrorismusbekämpfung der Sicherheitsbehörden von nachhaltiger Bedeutung.

4. Der Gewinn von Insider-Informationen aus dem extremistischen Milieu durch das Anwerben und Führen von sogenannten V-Leuten ist unerlässlich, um das Innenleben oftmals abgeschotteter verfassungsfeindlicher Gruppierungen, nicht zuletzt der neonazistischen Szene, zu durchleuchten. Seit 1992 ist es gelungen, eine Vielzahl rechtsextremistischer Organisationen zu verbieten. Dies wäre ohne den Einsatz von V-Leuten nicht möglich gewesen. Um jedoch der Gefahr von Missbrauch wirksam zu begegnen, sollten bestehende gesetzliche oder sonstige Vorgaben zu Art und Weise der Auswahl, Führung und des Einsatzes von V-Leuten präzisiert, optimiert und konsequent angewendet werden.

5. Die operative und analytische Kompetenz sowie die länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern muss im Hinblick auf den gewaltbereiten Rechtsextremismus intensiviert werden. Nicht Zentralisierung um jeden Preis, sondern kluge Vernetzung ist das Gebot der Stunde. Die Einrichtung eines gemeinsamen zentralen Informationsverbundes aller Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern, die relevante Daten zu gewaltbereiten Rechtsextremisten enthält und für weitergehende Analysezwecke genutzt werden kann, ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung.

6. Das bislang auf den Islamismus fokussierte Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) muss als phänomenübergreifendes strategisches Kompetenzzentrum zur Sammlung und Analyse terrorismusrelevanter Informationen auch auf andere extremistische Bereiche ausgebaut werden.

7. Die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden, extremistische Propaganda, Rekrutierung und Radikalisierung im Internet, auch in sozialen Netzwerken, aufzuklären und zu bekämpfen, müssen technisch, personell und rechtlich unterfüttert werden.

8. Bestehende Aussteigerprogramme der Sicherheitsbehörden im rechtsextremistischen Bereich sollten um eine aktive Komponente erweitert werden, so dass die Behörden potentielle Aussteiger auch direkt ansprechen können. So kann die gewaltbereite Szene weiter geschwächt und verunsichert werden.

9. Im Lichte der jüngsten Entwicklung ist auch zu prüfen, ob ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren sinnvoll ist. Dabei sind die Risiken nüchtern zu bedenken, die sich aus

dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich des Einsatzes von V-Leuten bei einem Parteiverbotsverfahren ergeben. Sollten die aktuellen Ermittlungen ergeben, dass systematische Verbindungen zwischen der NPD und den Rechtsterroristen bestehen, wäre ein NPD-Verbotsverfahren zwingend. Flankierend müssen alle anderen Möglichkeiten unterhalb der Schwelle eines Verbotsverfahrens in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Dazu zählt auch der Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung durch Änderung des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes.

10. Analog der von der Innenministerkonferenz im November 2010 beschlossenen „Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität-links“ ist eine gemeinsame Bekämpfungskonzeption von Verfassungsschutz und Polizei gegen die politisch motivierte Gewaltkriminalität von rechts mit Nachdruck zu erstellen und umzusetzen.